MAI 2014
Ausgabe 2

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Für Sie im Landtag

Die offizielle Zeitung der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION

IM GESPRÄCH

ULRIKE MÜLLER

Stellvertretende Vorsitzende der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Lesen Sie mehr auf Seite 16 und 17

Günther Felbinger MdL
Souverän

Das Volk soll über die Zukunft des bayerischen Gymnasiums entscheiden.
Lesen Sie auf Seite 14 und 15

VORWORT

Mehr Zeit zum Lernen und Leben

Neunjähriges Gymnasium muss kommen!

Liebe Leserinnen und Leser unserer Fraktionszeitung,

das bildungspolitische Thema Nummer eins in Bayern ist derzeit die Frage, wie es mit dem Gymnasium weitergeht. Wir FREIE WÄHLER wollen wieder ein G9 zulassen, um den Schülerinnen und Schülern mehr Zeit zum Lernen und auch mehr Zeit zum Leben zu geben. Dabei geht es nicht nur ums Gymnasium, sondern auch um eine neue, aber eigentlich alte und bewährte Bildungsphilosophie, die Auswirkung auf die gesamte Bildungslandschaft haben wird: Entschleunigung und Qualität statt Stress und Oberflächlichkeit.

Ja zur Wahlfreiheit zwischen G9 und G8
Stoibers G8 war ein Kind seiner Zeit: Die Schulabsolventen sollten schneller der Wirtschaft zur Verfügung stehen, schneller Steuern bezahlen. Damals bestand noch die allgemeine Wehrpflicht und zumindest die jungen Männer waren zu Studienbeginn mindestens 19 Jahre alt. Heute sind sie 17. Es sei denn – und das kommt immer öfter vor – sie und auch die jungen Frauen nehmen sich nach dem Abitur ein Jahr zum Durchatmen und suchen nach all dem Lernen erst mal neue Orientierung, etwa bei Weltreisen oder Gelegenheitsjobs. Die Unis beklagen die zunehmende Unreife der jungen Gymnasiasten, die sich vorher an der Schule abgehetzt haben, um schnell fertig zu werden. Die Lösung drängt sich also förmlich auf: Die Schulen sollen die Möglichkeit bekommen, in Absprache mit den Schülern und Eltern wieder die bewährte neunjährige Gymnasialzeit zuzulassen.

Ohne erfolgreiches Volksbegehren kein G9
Unser Volksbegehren hat die Diskussion in Gang gesetzt. Dabei wird man bei 350 bayerischen Gymnasien das G8 nicht auf einen Schlag auf G9 umstellen können. Auch deshalb ist eine Wahlfreiheit der Garant dafür, dass nicht nochmal alles innerhalb kurzer Zeit übers Knie gebrochen wird wie damals bei Stoiber. Es kann auch gute G8 Modelle geben, zum Beispiel als Ganztags-Gymnasien. Wenn der Wunsch besteht, warum sollte man das verbieten? Und sollte die Staatsregierung gemeinsam mit den Philologen, Schulleitern etc. nach unserem erfolgreichen Volksbegehren eine noch bessere Variante anbieten können als wir, kann sie diese ja beim Volksentscheid unserem Vorschlag entgegensetzen. Doch gilt auf alle Fälle: Nur das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER garantiert, dass es in Bayern eine neunjährige Gymnasialzeit geben wird. Unterstützen Sie uns deshalb!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hubert Aiwanger
Vorsitzender der **FREIE WÄHLER** Landtagsfraktion

INHALT

2 Vorwort
3 Nachgehakt: Wie funktioniert eigentlich ein Volksbegehren?
4 Der Kahlschlag beim EEG muss verhindert werden
6 Wie schlecht ist es wirklich um die bayerische Verwaltung bestellt?
8 Das nächste Jahrhundert-Hochwasser kommt bestimmt
10 Rettungsschirm für Deutschlands Straßen
12 Das Freihandelsabkommen zwischen USA und EU: Risiken und Folgen
14 G8 oder G9? Der Bürger soll entscheiden
16 Im Gespräch mit Ulrike Müller
18 Ehrenamt: Hubert Aiwanger
20 Ehrenamt: Dr. Leopold Herz
22 Ehrenamt: Gabi Schmidt
24 Ehrenamt: Florian Streibl
26 FREIE WÄHLER fördern Jugendarbeit in Vereinen und Ehrenamt
27 Von München nach Regensburg: Tanja Schweiger nimmt Abschied vom Landtag
28 Passiert & Notiert
30 Zitate
32 Was–Wann–Wo

NACHGEHAKT: WIE FUNKTIONIERT EIGENTLICH EIN VOLKSBEGEHREN?

Volksbegehren und Volksentscheide sind derzeit die einzigen Mittel, mit denen Bürger in Bayern selbst Gesetze ändern oder erlassen können, sofern davon nicht die Hoheit des Parlaments über den Staatshaushalt betroffen ist.

Viele Hürden erschweren die Volksgesetzgebung

Grundsätzlich kann in Bayern jeder Wahlberechtigte ein Volksbegehren beantragen. Damit dieser Antrag erfolgreich ist, müssen 25 000 Unterschriften gesammelt werden. Eintragungsberechtigt ist jeder Staatsbürger mit einem Hauptwohnsitz in Bayern. Für das G9-Volksbegehren hatten die FREIEN WÄHLER binnen zehn Monaten rund 28 000 Unterschriften zusammen gebracht, die Ende Februar dieses Jahres beim Bayerischen Innenministerium eingereicht wurden. Eine zeitliche Beschränkung gibt es nicht. Allerdings muss die Sammlung der Unterstützerunterschriften durch die Organisatoren des Volksbegehrens in eigener Regie erfolgen - von der rechtskonformen Formulierung des Vorhabens über den Druck der Listen und die Sammlung der Unterschriften bis hin zur Informations- und Werbekampagne.

G9-Volksbegehren: Eintragungsphase vom 3. bis 16. Juli 2014

In einem zweiten Schritt wird das Volksbegehren binnen sechs Wochen durch das Innenministerium formell (Anzahl der nötigen Unterschriften) und materiell (rechtliche Zulässigkeit) geprüft. Sind alle Voraussetzungen erfüllt, legt das Ministerium eine vierzehntägige Eintragungsphase für das Volksbegehren fest. Diese muss frühestens acht und spätestens zwölf Wochen nach der Zulassung erfolgen.Beim G9-Volksbegehren wurde Ende März die Eintragungsphase für die Zeit vom 3. bis 16. Juli 2014 festgelegt. In diesem Zeitraum müssen sich mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten in den offiziellen Eintragungsstellen einfinden und in Listen einschreiben. Erst wenn diese Hürde genommen wird, kommt es entweder zu einem Volksentscheid oder der Bayerische Landtag stimmt dem Volksbegehren zu. Aus Sicht der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wird die direkte Volksgesetzgebung durch zu viele Auflagen erschwert. Wir fordern deshalb, dass die Eintragungsfrist von zwei auf drei, besser noch auf vier Wochen verlängert wird und sich während der Eintragungsphase nur noch acht statt bisher zehn Prozent der Wahlberechtigten einschreiben müssen. Außerdem soll die Einschreibung per Brief zulässig sein. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo MdL (München)
Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschulpolitischer Sprecher, medienpolitischer Sprecher

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2924
E-Mail: Michael.Piazolo@fw-landtag.de

DER KAHLSCHLAG BEIM EEG MUSS VERHINDERT WERDEN

„DIE STAATSREGIERUNG WILL DEM EEG DEN GARAUS MACHEN UND GEFÄHRDET DAMIT NICHT NUR DIE GESAMTE ENERGIEWENDE, SONDERN HANDELT BEWUSST GEGEN DIE INTERESSEN DER BAYERISCHEN BEVÖLKERUNG.“

Thorsten Glauber MdL (Pinzberg)
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, energiepolitischer Sprecher, verkehrspolitischer Sprecher, wirtschaftspolitischer Sprecher, Sprecher für Bauen und Wohnen

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2147
E-Mail: Thorsten.Glauber@fw-landtag.de

Die Fortsetzung der Energiewende hin zur dezentralen Energieversorgung ist massiv gefährdet – zu diesem Schluss kommt die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion angesichts der geplanten Änderungen der Bundesregierung am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Mit einem Dringlichkeitsantrag forderte die Fraktion deshalb am 2. April 2014 im Landtag von der Staatsregierung, sich bei der Novellierung für einige wesentliche Punkte einzusetzen.

„Die Große Koalition spricht von einer Reform des EEG. In Wirklichkeit will sie das EEG im Jahr 2017 abschaffen und durch ein Ausschreibungsmodell ersetzen.“

Das bedeutet konkret: Eine Behörde soll vorgeben, wie viel erneuerbare Energien pro Jahr zugebaut werden. Bezugsrechte für Einspeisevergütungen sollen gegen einen per Versteigerung ermittelten Preis vergeben werden. Fakt ist, dass Bürgergenossenschaften gegen Energiekonzerne bei solchen Versteigerungen keine Chance hätten. Dies wäre das Ende der Bürger-Energiewende. Große Energieversorger zahlen bei der Projektfinanzierung viel niedrigere Zinsen und können so Bürgergenossenschaften bei den Ausschreibungen locker unterbieten. Wichtig ist den FREIEN WÄHLERN, dass das EEG in seinen Grundzügen erhalten bleibt. In ihrem Antrag fordern die FREIEN WÄHLER die Staatsregierung zudem auf, sich endlich für eine angemessene finanzielle Beteiligung der Industrie an der Energiewende einzusetzen. Die Großindustrie zahlt heute genauso viel EEG-Umlage wie im Jahr 2003, nämlich 0,05 Cent je Kilowattstunde. Alle übrigen Stromverbraucher zahlen mittlerweile 6,24 Cent, also das 124fache. Angesichts der extrem gefallenen Börsenstrompreise ist eine etwas stärkere Beteiligung der stromintensiven Industrie längst überfällig.

„Zu Beginn eines Projekts weiß also niemand, ob seine Anlage am Ende überhaupt gefördert wird. Damit würde auch das letzte bisschen Planungssicherheit für erneuerbare Energien zerstört.“

Am 11. März bereits hat das Bayerische Kabinett seine Stellungnahme zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes abgegeben. Darin fordert die Staatsregierung unter anderem eine feste Deckelung der EEG-Umlage. Das heißt, Erneuerbare-Energie-Anlagen erhalten **nach** der Deckelung keinerlei Vergütung mehr. Nach Ansicht der FREIEN WÄHLER kann dies nicht gerecht sein.

„Wenn die CSU wirklich gegen Fracking wäre, hätte sie für ein Verbot stimmen müssen. Jetzt, wo es zum Schwur kommt, zeigt sich, was man von ihren Beteuerungen halten kann.“

Bei vielen aktuellen Energie-Themen steht die Politik der Regierungspartei unter Beschuss.. So auch die Weigerung der CSU, Fracking mit Chemikalien bundesweit zu verbieten. Bei der CSU beruft man sich auf den Koalitionsvertrag im Bund, für ein konkretes Verbot hat man aber nicht gestimmt. Dort ist lediglich von der Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Änderungen im Wasserhaushaltsgesetz die Rede. Ein Verbot der umstrittenen Bohrmethode mit wassergefährdenden Substanzen wäre auch ein Signal an das Ausland. Das transatlantische Freihandelsabkommen könnte amerikanischen Unternehmen in Europa erlauben, Fracking einzusetzen. Die FREIEN WÄHLER fordern, den Anfängen zu wehren und damit das Verbot von Fracking in Deutschland.

Die Energiewende braucht verlässliche Partner.

Die Staatsregierung verstrickt sich derzeit in der laufenden Diskussion, und zwar zu diversen Projekten, gerne in Widersprüche. Im vergangenen Oktober sprach man sich z. B. noch für eine größere Dimensionierung im Stromtrassenbau aus. Wer diesen Ausbau bezahlt, ist klar: der Stromverbraucher. Auf der anderen Seite sind große Konzerne aus den Branchen Braun- und Steinkohlebergbau oder Erdölgewinnung, die größten Klimasünder, von der EEG-Umlage fast befreit. Die Energiewende braucht aber verlässliche und starke Partner und vor allem einen Plan, der nicht übermorgen wieder hinfällig ist.

Die FREIEN WÄHLER fordern bereits seit Jahren einen Masterplan zur Energiewende. In ihm muss festgehalten werden, welche regenerativen Energien sich für welche Region am besten eignen und wie Energie effizienter gespeichert werden kann. Ansonsten verliert Bayern weiterhin wertvolle Zeit, Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit.

FREIE WÄHLER BEFÜRCHTEN PERSONALNOTSTAND IN DER ALLGEMEINEN INNEREN VERWALTUNG

WIE SCHLECHT IST ES WIRKLICH UM DIE BAYERISCHE VERWALTUNG BESTELLT?

Ein heißes Eisen fassen die Abgeordneten der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag an: Die Personalsituation bei Beamten und Angestellten im Freistaat, insbesondere die in den Regierungsbezirken und Landkreisen – die sogenannte Allgemeine Innere Verwaltung.

Derartige Strukturen werden vom Bürger normalerweise nicht wahrgenommen,da sie sich eigentlich nur damit befassten Fachleuten erschließen,und wenn es einmal ein Problem bei einer staatlichen beziehungsweise öffentlichen Dienstleistung gibt, ärgert sich der Bürger vielleicht über seinen unbefriedigenden Einzelfall, erkennt aber nicht das dahinter liegende strukturelle Problem. Um kommenden Krisen vorzubeugen, die bei der aktuellen Gesetzeslage zur Personalausstattung staatlicher Stellen und ihrer Umsetzung durch die Bayerische Staatsregierung drohen, hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion den Antrag eingebracht, sich mit der Personalsituation und -entwicklung einmal in aller Öffentlichkeit auseinander zu setzen, damit man nicht eines Tages vor dann unlösbaren Problemen steht.

Die Staatsregierung will trotz Zunahme der Aufgaben bis 2019 insgesamt 9000 Stellen streichen

Ein Problem ist, dass einerseits durch das „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern“ aktuell und noch bis zum Jahr 2019 in jedem Haushaltsjahr eine Sperre für 500 frei werdende Stellen vorgeschrieben ist (insgesamt sieht diese Sparverordnung vor, dass in den Jahren zwischen 2005 und 2019 ganze 9000 Stellen im Freistaat eingespart werden müssen), andererseits der Freistaat neben den laufenden, bekannten Aufgaben immer wieder auch Pflichtaufgaben zu erfüllen hat, die in Art und Umfang nicht vorhersehbar, gleichwohl aber mit Personalbedarf verbunden sind.

So ist es etwa in den letzten Jahren wieder zu einem Anstieg der Zahl von Asylbewerbern gekommen. Die Betreuung dieser Menschen erfordert natürlich entsprechend mehr Personal. Das führt zu der widersprüchlichen Situation, dass weiterhin die Erfüllung der Personal-Abbauverpflichtung nach dem Haushaltsgesetz gefordert, gleichzeitig aber Geld zur Verfügung gestellt wird, um zusätzliches Personal einzustellen. In der Folge sind nur befristete Arbeitsverhältnisse möglich, da keine dauerhaften Stellen geschaffen werden dürfen. Das Arbeitsrecht führt dann im Ergebnis dazu, dass nach Ablauf von zwei Jahren den Mitarbeitern keine Anschlussbeschäftigung gewährt werden kann, wenn kein Anspruch auf eine Dauerbeschäftigung entstehen soll. Und dies hat die ungute Folge, dass man bewährte Mitarbeiter gehen lassen und neue unerfahrene Mitarbeiter einstellen muss.

Wir FREIE WÄHLER fordern im Interesse des Staates und seiner Bediensteten Klarheit über die tatsächliche Personalentwicklung

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion will erreichen, dass der Landtag die Bayerische Staatsregierung auffordert, zu diesem drängenden Problem Stellung zu beziehen, um drohende Gefahren frühzeitig zu erkennen und entsprechend gegensteuern zu können. Konkret wird die Staatsregierung aufgefordert, die Personalentwicklung der letzten fünf Jahre in der Allgemeinen Inneren Verwaltung differenziert darzustellen. Zu berücksichtigen sind dabei vor allem die höheren Qualifizierungsebenen des Personals, da ein Mangel dort unter Umständen eklatante Folgen nach sich zieht. Personal-Zu- und -Abgänge sind nach Regierungsbezirken und Landkreisen getrennt darzustellen, außerdem die Entwicklung der Zahlen in der Ausbildung von Nachwuchskräften für die Verwaltung und die Zahl und Art befristeter Stellen unbesetzter Soll-Stellen.

Mit der Anfrage wollen die FREIEN WÄHLER sicherstellen, dass ausgeschiedenes Personal adäquat ersetzt wird und wichtige Stellen nicht aufgrund des Stellenabbaus unbesetzt bleiben. Und im Interesse der vom Staat Beschäftigten soll geklärt werden, wie gewährleistet werden kann, dass durch den Personalabbau und die daraus entstehenden Mehrbelastungen keine psychischen Gefährdungen für die Beschäftigten im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes entstehen. ■

Peter Meyer MdL Hummeltal (Oberfranken)
Vizepräsident des Bayerischen Landtags,
Sprecher für den öffentlichen Dienst,
kirchenpolitischer Sprecher (ev.)

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2980
E-Mail: Peter.Meyer@fw-landtag.de

DAS NÄCHSTE JAHRHUNDERTHOCH-WASSER KOMMT BESTIMMT. JETZT IST DIE ZEIT ZUM HAND ELN!

Bei der Hochwasserprävention in Bayern besteht dringender Handlungsbedarf – dies hat zuletzt die Flutkatastrophe vom Frühsommer 2013 sehr deutlich vor Augen geführt. Was fehlt, ist ein Generalplan für Vorkehrungen, der ein System der integrierten Prävention und Sicherheit schafft.

Hochwasserschutz ist von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Er verlangt Gemeinsinn und die Solidarität von allen, die entlang von Flüssen und Gewässern leben. Hochwasserschutz ist eine Aufgabe von der Quelle bis zur Mündung. Er darf nicht erst dort einsetzen, wo der Schaden entsteht, sondern schon im Vorfeld, wo sich ein Hochwasser noch vermeiden bzw. kanalisieren lässt. Deshalb fordern die FREIEN WÄHLER einen Generalplan zur integrierten Prävention.

Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER lud am 28. März 2014 ein zum Parlamentarischen Kongress „Neue Wege in der Hochwasserprävention – schöpft Bayern alle Möglichkeiten aus?“ Hier wurden verschiedene Positionen beleuchtet, Interessen gebündelt und Lösungsstrategien erarbeitet.

Das Wichtigste: umfassende Informationsbeschaffung

An erster Stelle steht die Sammlung und Ausschöpfung aller verfügbaren Informationen, die ein zielgerichtetes Handeln ermöglichen. Neben der vieljährigen und Generationen übergreifenden Erfahrung und der Beobachtung der Natur vor Ort steht ein noch nicht genügend erschlossenes Informationspotential durch die akribische Auswertung der jeweils aktuellsten Daten des Satelliten-Monitoring der DLR (Deutsches Forschungszentrum für Luft- und Raumfahrt) zur Verfügung.

Dieses Monitoring hat längst die Anwendungsreife erlangt und eignet sich für den Einsatz als Entscheidungshilfe in der Vorsorge von drohenden und für die Bewältigung von akuten Gefährdungslagen. Vor allem ergeben sich neue Aspekte und Möglichkeiten für eine erweiterte Art der Überwachung. Satellitenaufnahmen zeigen Veränderungen an Boden, Fauna und Flora, sowie Vegetation und Bodenfeuchte. Auch Versickerung oder Austrocknung von Flächen, Flussläufen und deren Schüttungen, sowie Hangrutschungen und deren Folgen können beobachtet und quantifiziert werden. Diese neuen Möglichkeiten für eine erweiterte Überwachung werden viel zu wenig angewandt.

Ein Plan für alle Fälle: Der „GEOPLAN“

Aus der Gesamtheit der Informationen und Handlungsspielräume soll der „GEOPLAN BAYERN“ entstehen, der die Leitlinien für künftiges Handeln vorgibt. Der „GEOPLAN BAYERN“ soll eine flächendeckende Erhebung aller relevanten Daten erbringen, die für Planungen und weitere Maßnahmen von der Gemeinde bis zur Landesebene von Bedeutung sind.

Mitarbeit auf allen Ebenen

Alle sind dazu aufgerufen, aktiv mitzuarbeiten: betroffene Bürger vor Ort, Verbände, Organisationen, Kommunen, Behörden und die Institutionen des Freistaats Bayern. Zwar sind die Interessenslagen bei diesem Thema oft sehr unterschiedlich und schwer zu vereinbaren. Doch angesichts der vielen Menschen, die bereits ihr Hab und Gut in den Fluten verloren haben und der milliardenschweren Schäden für die Volkswirtschaft müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um weitere Katastrophen zu verhindern. Und diese Maßnahmen sehen die FREIEN WÄHLER vor allem in der Prävention, in einem besseren Hochwasserschutzkonzept. ■

Florian Streibl MdL (Oberammergau)
Parlamentarischer Geschäftsführer,
rechtspolitischer Sprecher,
kirchenpolitischer Sprecher,
Mitglied des Ausschusses für Verfassung,
Recht undParlamentsfragen

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2665 / E-Mail: Florian.Streibl@fw-landtag.de

„WIR BRAUCHEN NICHT MEHR GELD FÜR DEN VERKEHR. STATTDESSEN MÜSSEN BUNDES- UND STAATSREGIERUNG ENDLICH DAFÜR SORGEN, DASS DIE EINNAHMEN AUS MAUT, KFZ- UND MINERALÖLSTEUER ZU EINEM GRÖSSEREN TEIL FÜR DEN ERHALT DER STRASSEN VERWENDET WERDEN. WIR FREIE WÄHLER FORDERN DESHALB EINEN STRASSENRETTUNGSSCHIRM: MIT ZWECKGEBUNDENEN UND STABILEN STRASSENFINANZIERUNGSFONDS SOLLEN STRASSENPROJEKTE ÜBERJÄHRIG FINANZIERT WERDEN. DAMIT KÖNNTEN DIE VORHANDENEN MITTEL WESENTLICH EFFEKTIVER EINGESETZT WERDEN UND DIE AUTOFAHRER MÜSSTEN NICHT NOCH WEITER GESCHRÖPFT WERDEN.“

RETTUNGSSCHIRM FÜR DEUTSCHLANDS STRASSEN

FREIE WÄHLER stellen Konzept zum Erhalt deutscher Straßen vor und fordern langfristige, haushaltsunabhängige Finanzierung. Die deutsche Infrastruktur ist marode: Wir haben fehlende Glasfaserkabel, überfüllte Universitäten, halb verfallene Schulen sowie kaputte Brücken und Straßen. Das behindert die Wirtschaft. Am Ende gefährdet dies Arbeitsplätze und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Die Zeche dafür zahlt die nächste Generation.

Straßenzustand vielerorts besorgniserregend

Ob in der Stadt oder auf dem Land, auf Autobahnen, Staatsstraßen oder kleinen Gemeindestraßen – überall das gleiche Bild: Riesige Schlaglöcher, notdürftig geflickte Risse, lebensgefährliche Randstreifen. Viele Straßen in Deutschland müssen dringend saniert werden. Jahrelang wurde der Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur stiefmütterlich behandelt. Das rächt sich jetzt. Allein für Bayerns Staatsstraßen hat der Rechnungshof bereits im Jahr 2010 einen Nachholbedarf von über 700 Mio. Euro festgestellt. Wollen wir künftigen Generationen ein solches Desaster hinterlassen? Die FREIEN WÄHLER sagen nein und fordern einen Rettungsschirm für unsere Straßen. Denn wenn wir künftigen Generationen eine verkorkste Infrastruktur hinterlassen, entziehen wir ihnen die Grundlage, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

Bisheriges Finanzierungssystem hat versagt

Bisher funktioniert die Straßenfinanzierung so: Bund und Länder stellen für ihre Straßen, je nach Haushaltslage, jährlich eine bestimmte Summe zur Verfügung. Damit werden Autobahnen, Bundesstraßen, Staatsstraßen und zum Teil auch Kommunalstraßen gebaut und erhalten. In Zeiten knapper öffentlicher Haushalte wurde seit den 1990er Jahren gerne an den Verkehrshaushalten gespart – merkt ja so schnell keiner. Und das Geld, das da war, wurde vielerorts öffentlichkeitswirksam für neue Straßen verwendet. Kurzum: Der Straßenerhalt in Deutschland ist chronisch unterfinanziert!

Die für 2016 geplante Pkw-Maut stellt keine Lösung dar

Es muss sich also etwas ändern. Doch die vielzitierte Pkw-Maut ist bestenfalls eine Scheinlösung. Denn die Mehreinnahmen würden einfach im allgemeinen Haushalt versickern, wie das Beispiel der Lkw-Maut zeigt. Zwar wird diese Maut überwiegend für den Straßenbau eingesetzt. Im Gegenzug wurden freilich die Mittel aus dem allgemeinen Haushalt für unsere Straßen drastisch reduziert. Unterm Strich bleibt also von der Lkw-Maut nichts für die Straßeninfrastruktur übrig. Bereits am 25. März kritisierten die FREIEN WÄHLER die Pläne zur Ausweitung der LKW-Maut. Finanzmittel für Bestandserhalt und Nachholbedarf bei Bundes- und Landstraßen müssten verstetigt, die vorhandenen Mittel effizienter eingesetzt werden. Dazu sollten zweckgebundene Infrastrukturfonds für Bundes- und Landstraßen geschaffen werden, wie es bereits im Herbst 2013 auf der Sonder-Verkehrsministerkonferenz vorgeschlagen und beschlossen wurde.

Straßenrettungsschirm für dauerhaft bessere Straßen

Die FREIEN WÄHLER fordern die europaweite Abschaffung der Pkw-Maut, statt das Vorantreiben der Teilung Europas in Maut-Kleinstaaten weiter zu forcieren. Neben der Notwendigkeit, mehr Geld für das Straßennetz aufzuwenden, müssen die vorhandenen Mittel effizienter eingesetzt werden. Für den Substanzerhalt seiner Verkehrswege benötigt Deutschland einen Straßenrettungsschirm.

Unser Ansatz sieht einen jährlichen Festbetrag für den Erhalt der Straßen in Deutschland vor. Die Mittel für den Substanzerhalt müssen haushaltsunabhängig auf Bundes- und Länderebene bereitgestellt werden. Nur so ist die Finanzierung von Unterhaltsmaßnahmen gesichert. Allein für die Staatsstraßen in Bayern sind jährlich rund 200 Mio. Euro nötig. Zum Vergleich: 2012 gab der Freistaat lediglich 134 Mio. Euro für den Bestandserhalt aus. Auch lässt sich durch die gesicherte Einnahmequelle das Erhaltungsmanagement langfristiger planen. So werden selbst überjährige Finanzierungen möglich. Die knappe Ressource Geld kann deutlich effizienter eingesetzt werden als bisher. Die Folge sind dauerhaft bessere Straßen für Bayern und ganz Deutschland.

Gehen wir neue Wege

Unser Land braucht dringend neue Wege in der Verkehrspolitik. Bevor mehr Geld für das Straßenwesen gefordert wird, müssen die bereits vorhandenen Einnahmen aus dem Straßenverkehr vermehrt in den Straßenerhalt fließen. Hierzu schlagen wir langfristige, haushaltsunabhängige Finanztöpfe vor, mit denen der Erhalt unserer Straßen dauerhaft gesichert wird. ■

Thorsten Glauber MdL (Pinzberg)
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,
energiepolitischer Sprecher,
verkehrspolitischer Sprecher,
wirtschaftspolitischer Sprecher,
Sprecher für Bauen und Wohnen

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2147
E-Mail: Thorsten.Glauber@fw-landtag.de

Ulrike Müller MdL (Kempten)
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, forstpolitische Sprecherin,
Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2929 / E-Mail: Ulrike.Mueller@fw-landtag.de

DAS FREIHANDELSABKOMMEN ZWISCHEN USA UND EU: RISIKEN UND FOLGEN

Job-Motor und Garant für neues Wirtschaftswachstum oder Einfallstor für skrupellose Konzerne nach Europa? Am geplanten Handelsabkommen zwischen EU und USA scheiden sich die Geister.

Gespräche hinter verschlossenen Türen

Der Begriff kommt sehr harmlos daher. Doch was soll mit dem europäisch-amerikanischen Handelsabkommen erreicht werden? Zollabbau? Die USA erheben laut EU zum Beispiel beim Import auf Fleisch 30 Prozent Zölle und bei Milchprodukten bis zu 139 Prozent. Doch darum geht es längst nicht mehr allein, denn nur noch etwa vier bis sieben Prozent des Handelsvolumens unterliegen den Zollbestimmungen. Das Augenmerk liegt denn auch auf einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Harmonisierung in Verbraucherfragen und dem Wettbewerb mit den Eckpunkten Industriestandards, Lebensmittelgesetze und Regierungsaufträge sowie einem transatlantischen Binnenmarkt. Doch über die begleitenden einschneidenden Veränderungen, die zu einer grundlegenden Umgestaltung deutscher und europäischer Rahmenbedingungen führen, verhandelt die EU-Kommission hinter verschlossenen Türen.

Wir FREIE WÄHLER kritisieren, dass die Lobbyisten der Großkonzerne das Sagen haben – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Denn wer weder gefragt noch informiert wird, ist der Bürger. Die Debatte muss im Bundestag und auch im Landesparlament geführt werden. Jetzt, Herr Ministerpräsident, wäre hohe Zeit, mit Ihren Wahlkampfankündigungen für mehr Mitspracherechte der Bürger bei allen Entscheidungen in Brüssel, „die das Volk betreffen“, ernst zu machen. Unsere Nation und die Nationen Europas sollten zumindest wissen und die Wahl haben, welche Vorteile sie sich zu welchem Preis einkaufen.

Vom Arbeitsschutz bis zur Trinkwasserprivatisierung: Es steht viel zu viel auf dem Spiel

Die FREIEN WÄHLER befürchten eine Privatisierung der Daseinsvorsorge durch die Hintertür. Bewährte Standards beim Arbeits-, Daten-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutz sind in Gefahr. Wir wollen nicht, dass etwa die Grüne Gentechnik, Hormonfleisch oder mit Chlor desinfizierte Hühnchen unter dem Vorwand des Abbaus von Handelshemmnissen eingeführt oder die Privatisierungen von Wasser, Bahn, Gesundheit und Bildung durch die Hintertür vorangetrieben werden. Auch wollen US-Energiekonzerne in Europa mit „Fracking“ Schiefergas fördern. Deutschland ist auf weltweiten Handel angewiesen. Doch dürfen bewährte Errungenschaften und Standards nicht einfach über Bord geworfen und mittelständische Strukturen zerstört werden. Eine ungehemmte Globalisierung schadet Mensch und Umwelt.

Das Abkommen kann uns Steuerzahlern teuer zu stehen kommen. So ist die Klage des schwedischen Konzerns Vattenfall gegen höhere Umweltauflagen der Stadt Hamburg für das Kohlekraftwerk Moorburg ein Vorbote dessen, was die Folgen des zu verhandelnden Investitionsschutzes mit den USA sein werden: Schon ein einfacher Gemeinderatsbeschluss kann im schlimmsten Fall eine Millionenklage auslösen – ohne rechtsstaatlich-transparentes Verfahren. Ausländische Konzerne könnten EU-Staaten vor nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten auf hohen Schadenersatz verklagen. Die Sorge ist groß, dass US-Konzerne, wenn ihnen irgendwelche Gesetze nicht passen und Geschäfte in Europa vermiesen, vor ausländischen Schiedsgerichten auf Milliarden-Schadenersatz klagen.

FREIE WÄHLER fordern eine Volksabstimmung

Deshalb fordern wir FREIE WÄHLER den sofortigen Verhandlungsstopp. Ein Neustart darf nur unter der Maßgabe einer Veröffentlichung des Verhandlungsmandats sowie aller Verhandlungsdokumente erfolgen. Ebenso sind für uns eine umfassende Einbindung des Bundes- und der Landesparlamente sowie eine angemessene Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen und der Kommunen als Anwälte der Bürger in die Verhandlungen notwendig.

Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU sind ein Vorgang, der uns alle angeht, da er uns alle betrifft. Daher haben wir FREIE WÄHLER bereits im November 2013 gefordert, den Weg für eine Volksabstimmung zu diesem Thema frei zu machen. ■

G8 ODER G9?
DER BÜRGER SOLL ENTSCHEIDEN!

Die vor zehn Jahren von der CSU überstürzt eingeführte achtjährige Gymnasialzeit – G8 – litt von Anfang an unter großen Akzeptanzproblemen. Trotz einiger Nachbesserungen zeigen sich die meisten Betroffenen – Schüler, Eltern und Lehrer – von der Reform nicht überzeugt. Zeit also, mit dem Herumdoktern aufzuhören und etwas Grundsätzliches zu ändern. Genau dies wird nun auf Initiative der FREIEN WÄHLER möglich.

Schluss mit der Bevormundung

Das G8 mit seinem stark verdichteten Lernen bleibt für viele ein defizitäres Gymnasium, das sie zwar ablehnen, dem sie aber aufgrund fehlender Alternativen ausgeliefert sind. Wir FREIE WÄHLER fordern nicht die Abschaffung des G8. Wer möchte, soll die Möglichkeit haben, in achtjähriger Gymnasialzeit die Hochschulreife zu erlangen. Wir fordern lediglich, dass Schluss gemacht wird mit der Gängelung mündiger Bürger: Jede Schule soll künftig die freie Wahl zwischen achtjährigem und neunjährigem Gymnasialzweig haben.

„NACHDEM EIN GESETZENTWURF DER FREIEN WÄHLER FÜR EIN ALTERNATIVES G9 ERWARTUNGSGEMÄSS VON DER CSU ABGELEHNT WURDE, LIEGT JETZT ALLE HOFFNUNG AUF DEM VON UNS INITIIERTEN VOLKSBEGEHREN „MEHR ZEIT ZUM LERNEN – MEHR ZEIT ZUM LEBEN! NEUNJÄHRIGES GYMNASIUM ALS ALTERNATIVE ANBIETEN.“ ERSTER ERFOLG: BEREITS 28 000 MENSCHEN HABEN SICH FÜR UNSER VOLKSBEGEHREN AUSGESPROCHEN. DIESES WIRD NUN VOM 3. JULI BIS 16. JULI STATTFINDEN.“

Gewichtige Argumente sprechen für ein modernes G9

Mehr individuelle Zeit: Viele Schülerinnen und Schüler sind nicht in der Lage, die fachlichen und persönlichen Kompetenzen in achtjähriger Gymnasialzeit zu erreichen, die sie für ein Hochschulstudium brauchen. Zudem findet oftmals eine vertiefte Auseinandersetzung mit wesentlichen Fragestellungen der Lerninhalte nicht statt. Die Persönlichkeitsentwicklung kommt dann zu kurz.

Mehr Vielfalt: Immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund streben ans Gymnasium. Und: Inklusion ist erwünscht. Das alles braucht ein Plus an angemessener Zeit, die eine G9-Alternative bieten kann.

Mehr außerschulische Aktivitäten: Seit Einführung von G8 haben Vereine wie Freiwillige Feuerwehr, Sportvereine etc. Probleme, Nachwuchs zu gewinnen. G9 würde ein sportliches oder ehrenamtliches Engagement wieder ermöglichen.

Nicht zuletzt wünschen sich die Eltern nach allen bekannten Umfragen mit großer Mehrheit G9.

In diesem Sinne setzen wir auf ein positives Ergebnis der Volksabstimmung in Bayern. Und eines hat das Engagement der FREIEN WÄHLER jetzt schon gebracht: frischen Wind in die Debatte um G8/G9. ■

Günther Felbinger MdL (Gemünden)
Bildungspolitischer Sprecher, sportpolitischer Sprecher,
Mitglied des Ausschusses für Bildung und Kultus,
Mitglied des Ausschusses
für Fragen des Öffentlicher Dienstes.

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2938
E-Mail: Guenther.Felbinger@fw-landtag.de

IM GESPRÄCH MIT ULRIKE MÜLLER

„Ich möchte, dass die Meinung der Bürger besser zum Tragen kommt.“

Frau Müller, Sie wurden 2013 mit einem beachtlichen Ergebnis erneut in den Bayerischen Landtag gewählt und zählen als Vize-Fraktionsvorsitzende zur Führungsriege der FREIEN WÄHLER. Jetzt aber kandidieren Sie als Spitzenkandidatin für das Europaparlament. Warum?

Ich möchte den Menschen vermitteln, dass nicht alles, was in Brüssel gemacht wird, schlecht ist. Im Gegenteil. Die FREIEN WÄHLER wissen durch ihre Arbeit, wie sich die Beschlüsse in Brüssel bis hinein in die Gemeinden und bis zu jedem einzelnen Menschen auswirken. Wir müssen die Bürger viel mehr in die Politik einbinden. So kann Europa von unten her gestärkt werden. Und wir brauchen ein starkes Europa auch, um unsere Interessen gegenüber den Weltmächten zu vertreten. Daran möchte ich mitarbeiten!

Sie haben sich im Landtag als Agrarpolitikerin einen Namen gemacht. Welche weiteren Qualifikationen und Erfahrungen bringen Sie mit?

Meine Qualifikationen liegen nicht nur im Bereich der Agrarpolitik, obgleich das natürlich mein Steckenpferd ist und auch einer der Eckpfeiler der Europapolitik. Zu einer guten Allgemeinbildung und Erfahrung in der Politik gehört auch das Gespür, was im Moment ansteht und wichtig ist. Nach dem Motto: Alles hat seine Zeit. Das Wichtigste ist, denke ich, sich schnell in ein Thema hineinarbeiten zu können und flexibel auf die Gegebenheiten zu reagieren.

Was möchten Sie im Europaparlament erreichen?

Da ist die Liste lang. Einige wichtige Dinge möchte ich nennen: Die Kommission muss weiter verschlankt werden. Die enorme Bürokratie weiter abzubauen, ist immer noch eine große Herausforderung, der ich mich stellen will. Ich möchte auch, dass die Meinung der Bürger besser zum Tragen kommt. Wenn wir zum Beispiel wissen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung Gentechnik ablehnt, dann ist für mich klar, mich auch in Brüssel dagegen einzusetzen. Dem Heer der Lobbyisten gilt es, die Waffen endlich abzunehmen.

Das Gespräch führte
Dr. Werner Brecht

„Mit der Verkleinerung der EU-Kommission fordert die CSU zu Hause das, was sie noch 2013 aktiv in Brüssel verhindert hat: Als Teil der Bundesregierung hatte sie erst Mitte des vergangenen Jahres die Regelung der automatischen Verkleinerung ausgehebelt, die der Vertrag von Lissabon ursprünglich vorsah.“

Ulrike Müller MdL (Kempten)

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende,
forstpolitische Sprecherin,
Mitglied des Ausschusses für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2929
E-Mail: Ulrike.Müller@fw-landtag.de

Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger unterstützte die Rottenburger Tafel, die bedürftige Menschen (Rentner, Alleinerziehende, Hartz IV-Empfänger) mit Lebensmitteln versorgt. Gemeinsam mit Ehrenämtlern fuhr Aiwanger zu verschiedenen Lebensmittelspendern und holte die Waren ab, die jede Woche zur Verfügung gestellt werden. Es spenden Lebensmittelmärkte, Bäckereien, Metzgereien und Landwirte. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Tafel holen jeden Montag und Dienstag die Waren ab. Mittwochs werden alle Lebensmittel von den Tafelmitarbeitern kontrolliert und für die Ausgabe vorbereitet, die donnerstags stattfindet.

„DAS EHRENAMT IST NICHT ZU ERSETZEN UND AUS UNSERER GESELLSCHAFT NICHT MEHR WEGZUDENKEN. DER DANK DER FREIEN WÄHLER GILT ALLEN, DIE SICH TAG FÜR TAG OHNE GEGENLEISTUNG FÜR IHRE MITMENSCHEN EINSETZEN.“

EHRENAMT

DIESES PROJEKT HABE ICH AUSGESUCHT:

… die Rottenburger Tafel.

WARUM ICH MICH FÜR DIESES PROJEKT ENTSCHIEDEN HABE:

… weil es seit Jahren gut und ohne großes Aufsehen funktioniert sowie Vorbild für andere Regionen sein sollte.

GELERNT HABE ICH:

… dass hinter den Kulissen eine zuverlässige Organisation mit Weitblick nötig ist.

ALS FREIER WÄHLER WÜNSCHE ICH MIR FÜRS EHRENAMT:

… mehr Freiwillige und mehr Zeit (G9?), um Ehrenamtsaufgaben überhaupt bewältigen zu können.

WAS MICH BESONDERS BEEINDRUCKT HAT:

… die große Freude, die man durch die Hilfe bei den bedürftigen Bürgern auslöst.

DANK dem Ehrenamt!
FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Hubert Aiwanger
Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
E-Mail: Hubert.Aiwanger@fw-landtag.de
Telefon: 089/4126-2970

MdL Dr. Leopold Herz beteiligt sich aktiv an der „Seeputzete“ in Lindau. Rund 20 Ehrenamtliche waren auf Einladung der FREIEN WÄHLER am Bodenseeufer unterwegs, um Unrat einzusammeln. Es ist unglaublich, was im Uferbereich so alles zu finden ist: von Reifen über Unmengen Pikkoloflaschen bis hin zu Teilen einer Parkuhr. Alles wurde eingesammelt und in viele blaue Säcke gefüllt.

EHRENAMT

DIESES PROJEKT HABE ICH AUSGESUCHT:

... „Seeputzete“ in Lindau, weil es die Menschen sensibilisiert, sorgsamer mit der Natur umzugehen!

WARUM ICH MICH FÜR DIESES PROJEKT ENTSCHIEDEN HABE:

… weil mit diesem Projekt ein Zeichen für Müllvermeidung und ordnungsgemäße Entsorgung gesetzt wird.

GELERNT HABE ICH:

… dass solche Aktionen ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen und ehrenamtlich Aktive noch stärker zusammenschweißen.

ALS FREIER WÄHLER WÜNSCHE ICH MIR FÜRS EHRENAMT:

… mehr Wertschätzung von Freiwilligen-Arbeit. Außerdem darf das Ehrenamt nicht durch stetig zunehmende Vorschriften „eingebremst“ werden!

WAS MICH BESONDERS BEEINDRUCKT HAT:

… dass sich an dem Projekt so viele Menschen beteiligt haben und trotz der vielen Arbeit die Stimmung bei allen Beteiligten sehr gut war.

DANK dem Ehrenamt! FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Dr. Leopold Herz
Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2529
E-Mail: Leopold.Herz@fw-landtag.de

Das Freiwillige Soziale Schülerjahr (FSJ) wurde in Neustadt an der Aisch erfunden und führt Schülerinnen und Schüler an bürgerschaftliches Engagement heran. Die Schüler sind 80 Stunden pro Schuljahr ehrenamtlich in einer gemeinnützigen, sozialen, kulturellen oder umweltorientierten Einrichtung tätig. Sie profitieren dabei von der Stärkung ihrer sozialen Kompetenzen und dem Einblick in die Arbeitswelt. Neben vielfältigen praktischen Erfahrungen können am Ende alle ein qualifiziertes Zeugnis mitnehmen.

EHRENAMT

DIESE PROJEKTE HABE ICH AUSGESUCHT:

- Rot-Kreuz-Laden in Neustadt/Aisch
- Freiwilliges Soziales Schülerjahr im Pflegeheim in Bad Windsheim

WARUM ICH MICH FÜR DIESE PROJEKTE ENTSCHIEDEN HABE:

… weil der Rot-Kreuz-Laden gelebte Solidarität ist. Das Konzept ist ohne ehrenamtliche Mitarbeiter nicht vorstellbar. Günstige Verkaufspreise kommen Menschen mit geringem Einkommen zugute, die gegen Nachweis nochmal 50 Prozent sparen.

GELERNT HABE ICH:

… dass freiwilliges Engagement Zeit, Geduld und mehr Aufmerksamkeit braucht. Wir brauchen mehr Freiraum und staatliche Unterstützungsstrukturen für gesellschaftliche Tätigkeiten.

ALS FREIE WÄHLERIN WÜNSCHE ICH MIR FÜRS EHRENAMT:

… eine bessere staatliche Unterstützung, damit wir das Verfassungsziel der Ehrenamtsförderung mit Leben füllen. Wir brauchen einen Landesbeauftragten für Bürgerschaftliches Engagement.

WAS MICH BESONDERS BEEINDRUCKT HAT:

… die Freude und das Engagement der Menschen im Rot-Kreuz-Laden. Sie leisten unzählige Stunden unbezahlte Arbeit für das Gemeinwohl. Sie haben die Unterstützung der Politik verdient. Und der Einsatz der vielen, vielen Schüler beim Freiwilligen Sozialen Schülerjahr, die neben der Schule, Freizeit und Familie jede Woche regelmäßig ehrenamtlich arbeiten. Respekt!

DANK dem Ehrenamt!
FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Gabi Schmidt
Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2932
E-Mail: Gabi.Schmidt@fw-landtag.de

Jeder Sportverein lebt von seiner Jugendarbeit. Ohne ehrenamtliche Helfer läuft nichts.

EHRENAMT

DIESES PROJEKT HABE ICH AUSGESUCHT:

... die Nordische Nacht des Skiclub Partenkirchen (SCP)

WARUM ICH MICH FÜR DIESES PROJEKT ENTSCHIEDEN HABE:

... weil es um die Nachwuchsförderung im Skisport geht. Die Jüngsten sollen mit Langlauf und Skispringen an die nordischen Skisportarten herangeführt werden.

GELERNT HABE ICH:

... dass man besonders im Skisport Mut und Glück braucht. So bedarf es beim Skispringen einer gehörigen Portion Mut, um auf die Skischanze zu gehen und abzuspringen. Aber nur derjenige, der diesen Mut aufbringt, kann auch das Glück haben zu siegen.

ALS FREIER WÄHLER WÜNSCHE ICH MIR FÜRS EHRENAMT:

... immer mehr Menschen sollten erfahren, dass man im Ehrenamt nicht nur Einsatz bringt, sondern einen viel größeren eigenen Gewinn hat. Das Gemeinwohl lebt dann, wenn viele sich für andere einsetzen.

WAS MICH BESONDERS BEEINDRUCKT HAT:

... die Ausdauer und der persönliche Einsatz vieler Vereinsmitglieder führt dazu, dass die Sportler des Skiclubs Partenkirchen an der Weltspitze vertreten sind.

DANK dem Ehrenamt! FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Florian Streibl
Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2665
E-Mail: Florian.Streibl@fw-landtag.de

FREIE WÄHLER FÖRDERN JUGENDARBEIT IN VEREINEN UND EHRENAMT

Wenn der Sohn nach dem Tor jubelt oder die Tochter eine Übung beim Turnen meistert, geht wohl allen Eltern das Herz auf. Ein Engagement im Verein bringt Spaß und Selbstvertrauen. Es fördert die Entwicklung des Kindes und seiner sozialen Kompetenzen. Daher brauchen wir engagierte Jugendleiterinnen und Jugendleiter, die Zeit und Tatkraft in diese Ehrenämter investieren. Doch oft erfahren sie nur geringe Anerkennung und müssen noch dazu gegen zu viel Bürokratie ankämpfen.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, mit dem die Freistellung für Jugendarbeit flexibler gestaltet werden soll. Ehrenamtliche Berufstätige sollen Freistellungen nicht nur blockweise und ganztägig, sondern auch stundenweise beantragen können. Das Freistellungsgesetz soll erneuert werden und auch Schüler und Studenten einbeziehen.

Ehrenamtliches Engagement muss stärker gefördert werden, denn es sichert unsere Zukunft. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat sich erfolgreich für eine praxistaugliche Neugestaltung der gesetzlichen Regelungen für das erweiterte Führungszeugnis für Ehrenamtliche eingesetzt. Das Ziel: Das Kindeswohl schützen **und** Menschen für ehrenamtliche Arbeit motivieren. ■

Gabi Schmidt MdL (Uehlfeld)
Familienpolitische Sprecherin, Sprecherin für Kinderbelange (Vorschulalter), Sprecherin für Arbeit, sozialpolitische Sprecherin, Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2932
E-Mail: Gabi.Schmidt@fw-landtag.de

Tanja Schweiger MdL Pettendorf (Oberpfalz)
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport.

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2974 // E-Mail: Tanja.Schweiger@fw-landtag.de

VON MÜNCHEN NACH REGENSBURG: TANJA SCHWEIGER NIMMT ABSCHIED VOM LANDTAG

Seit dem Einzug der FREIEN WÄHLER in den Bayerischen Landtag im Jahr 2008 hat Tanja Schweiger hier die Interessen ihrer Wähler aus den oberpfälzer Stimmkreisen Amberg-Sulzbach, Neumarkt in der Oberpfalz, Regensburg-Land und Regensburg-Stadt in der Landespolitik vertreten. Nach mehr als fünf Jahren hat sie nun die Fraktion der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag verlassen.

Dafür gibt es einen erfreulichen Grund: Tanja Schweiger wurde bei den Kommunalwahlen im Landkreis Regensburg-Land in der Stichwahl mit über 60 Prozent zur neuen Landrätin gewählt.

Im Landtag vertrat sie die FREIEN WÄHLER in der ersten Legislaturperiode im Petitionsausschuss, wo sie unmittelbar erfahren konnte, wo die Bürger der Schuh drückt. Diese Erfahrungen werden ihr sicher zugute kommen, wenn sie jetzt als Amtschefin im Regensburger Landratsamt vor Ort noch unmittelbarer Kontakt zu den Bürger haben wird. In ihrer zweiten Wahlperiode war sie bis zu ihrem Amtantritt in Regensburg stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit & Sport – gleichfalls eine gute Vorbereitung für die neuen Aufgaben in der Kommunalpolitik.
Tanja Schweiger: „Ich kümmere mich gerne um die Dinge, die für die Menschen in Bayern wichtig sind.“ Dabei hebt sie die Stärke der Kommunen hervor, weil diese das direkte Lebensumfeld der Menschen gestalten: „Wir brauchen eine solide Finanzausstattung mit hoher Pauschalzuweisung, damit die Kommunen eigenverantwortlich ihre Aufgaben erfüllen können. Solange dies nicht gegeben ist, ist es mir wichtig, die Kommunen bei möglichst vielen Aufgaben zu unterstützen: vom Breitbandausbau und der Kinderbetreuung über die Ganztagsschule bis hin zur Betreuung von Flüchtlingen und zum sozialen Wohnungsbau. Dazu braucht es auch ausreichend Personal.“
Krippen, Kindergärten, Schulen und der Pflegebereich sind ihr ein besonderes Anliegen. Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit im Landtag für die FREIEN WÄHLER war die ‚Energiewende mit den Bürgern‘, wofür sie nun in ihrem Landkreis weiter kämpfen will.
Für die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER hat Tanja Schwieger in den ersten Jahren die Fraktionsgeschäftsstelle aufgebaut. Sie war damals mit dreißig Jahren die jüngste Abgeordnete im Maximilianeum und hat ihre Fraktion, so paradox das klingen mag, im Ältestenrat vertreten. ■

WAS SONST NOCH BEI DEN FREIEN WÄHLERN LOS WAR

PASSIERT & NOTIERT

Bayerns jüngster Vollzeit-Bürgermeister Dennis Neßwald am 30. März zu Gast bei der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. Unser Foto zeigt von links: Dr. Hans Jürgen Fahn MdL; Peter Meyer, Vizepräsident des Bayerischen Landtags; Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender; Tanja Schweiger MdL; Dennis Neßwald, Bürgermeister Kleinostheim; Ulrike Müller, stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Florian Streibl, Parlamentarischer Geschäftsführer; Dr. Karl Vetter, stellvertretender Fraktionsvorsitzender; Thorsten Glauber, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Fraktion vor Ort im Landkreis Rosenheim: Nikolaus Kraus, MdL, Fraktionssprecher für Verbraucherschutzfragen (2. v.l.); Ulrike Müller, MdL, stellvertretende Fraktionsvorsitzende (6. v.l.)

Freitag, 11. April
Fraktion vor Ort in Altenkunstadt. Fraktions-Vize Ulrike Müller informiert über das Volksbegehren zur Wahlfreiheit zwischen G9 und G8. Außerdem diskutierte Müller über das Risiko gefährlicher Bestrahlung durch Mobilfunk und die Frage, wie sich Bürger und Kommunen vor der Errichtung unerwünschter Funkmasten schützen können.

Mittwoch, 9. April
Fraktion vor Ort. Wem gehört in der Landwirtschaft die Zukunft und wie geht es weiter mit den bäuerlichen Familienbetrieben? Diese Fragen besprachen Ulrike Müller und der Fraktionssprecher für Verbraucherschutzfragen, Nikolaus Kraus, mit betroffenen Landwirten der Region in Tuntenhausen. In Rosenheim kam der umstrittene Verkauf der GBW-Wohnungen zur Sprache. Die Staatsregierung müsse nun endlich tätig werden, um den Mieterschutz zu sichern.

Mittwoch, 2. April
Pressekonferenz. Thorsten Glauber, Fraktions-Vize und verkehrspolitischer Sprecher: „Der Zustand der Straßen in Deutschland verschlechtert sich von Jahr zu Jahr – eine Entwicklung, die dringend gestoppt werden muss, um kommende Generationen nicht noch stärker zu belasten.“ Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert einen Straßenrettungsschirm in Form eines zweckgebundenen Finanzierungsfonds für den Substanzerhalt.

Freitag, 28. März
Parlamentarischer Kongress zur Hochwasserprävention. Vor 150 fachkundigen Teilnehmern im Maximilianeum fordert der Parlamentarische Geschäftsführer Florian Streibl einen „GEOPLAN BAYERN“ zur Abwehr von Hochwassern,

Zwei kleine „Glückskäfer“ bereiteten der stellvertretenden Vorsitzenden der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Ulrike Müller einen herzlichen Empfang bei der Veranstaltung „Fraktion vor Ort“ in Altenkunstadt

Das Foto zeigt v.l.: Dr. Leopold Herz MdL; Ulrike Müller, stellvertretende Fraktionsvorsitzende (3. v. l.); Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender (2. v. r.)

der neben der öffentlichen Verwaltung auch Verbände und die Betroffenen einbindet – von der Gemeinde- bis zur Landesebene. Der Hochwasserschutz dürfe nicht erst dort einsetzen, wo der Schaden entsteht, sondern sei unabdingbar eine Aufgabe, die von der Quelle bis zur Mündung reicht.

Mittwoch, 12. März
Pressekonferenz. Mehreinnahmen bei Rundfunkbeiträgen müssen umgehend und vollständig zurückgegeben werden – daran erinnerte der medienpolitische Sprecher Prof. Dr. Michael Piazolo. Die FREIEN WÄHLER haben ihre Forderungen in einem Zehn-Punkte-Katalog zusammengefasst und einen Antrag zu Nachbesserungen des neuen Rundfunkbeitragssystems im Bayerischen Landtag angekündigt. Die Staatsregierung soll außerdem zur Handhabung von Härtefallanträgen Stellung nehmen.

Dienstag, 25. Februar
In einem Antrag fordern die FREIEN WÄHLER, befristet eingestellten Lehrkräften durch ein Bonuspunkteprogramm mehr Chancen zu eröffnen. Dies hätte den Vorteil, dass eine wiederholte Aushilfstätigkeit an Schulen honoriert und auf die Staatsexamensnote angerechnet werden könne. „Damit kann die gewonnene Unterrichtserfahrung gewürdigt werden und diese Lehrkräfte haben auch eine echte Chance, noch verbeamtet zu werden“, so der bildungspolitische Sprecher Günther Felbinger.

Freitag, 21. Februar
Pressekonferenz. FREIE WÄHLER stellen Gesetzesentwurf für Stärkung der Bürgerbeteiligung in Bayern vor. Prof. Dr. Michael Piazolo: „Das bayerische Volk kann bislang zwar per Volksentscheid Gesetze erlassen, über viele Sachfragen aber nicht mitbestimmen. Die Bürger sollen über die Abstimmung eine Zielvorstellung definieren können, die dann von Staatsregierung und Landtag umgesetzt werden muss.“ Der Gesetzentwurf sieht vor, dass sowohl Staatsregierung und Landtag wie auch die Bevölkerung eine Volksabstimmung beantragen können.

Donnerstag, 20. Februar
Fraktion vor Ort. Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger, Ulrike Müller und der agrarpolitische Sprecher Dr. Leopold Herz haben sich in Oberstdorf über Probleme und Perspektiven des Tourismus im Allgäu informiert. Aiwanger unterstützte die Forderung nach steuerlicher Gleichbehandlung der Gastwirtschaften mit der Hotellerie: „Wenn wir etwas gegen das Wirtshaussterben machen und das riesige Potential des Tourismus in Bayern besser ausschöpfen wollen, muss hier endlich Gleichberechtigung hergestellt werden.“ Dr. Herz hob den Einsatz der FREIEN WÄHLER für eine Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund von 12,75 Prozent auf 15 Prozent hervor. ■

ZITATE

FREIE WÄHLER IM LANDTAG

EUROPA WURDE IN DEN LETZTEN JAHREN GERADE AUCH DURCH PARTEIEN WIE DIE CSU ZUM SCHRECKGESPENST FÜR DIE BÜRGER GEMACHT. TRINKWASSERPRIVATISIERUNG, GRÜNE GENTECHNIK, GEHEIMVERHANDLUNGEN ZUM FREIHANDELSABKOMMEN OHNE JEDE BÜRGERBETEILIGUNG – DAFÜR IST DIE CSU MITVERANTWORTLICH.

Hubert Aiwanger

„Das G8 ist nach zehn Jahren des Aufpäppelns am Ende, gescheitert, Punkt. Jetzt wird es Zeit, endlich eine sinnvolle gymnasiale Reform anzugehen. Dazu brauchen wir aber erst das erfolgreiche Volksbegehren der FREIEN WÄHLER „Ja zur Wahlfreiheit zwischen G9 und G8“, um danach im gemeinsamen Streben aller am Bildungsprozess beteiligten Personen, Parteien und Verbände eine zukunftsorientierte Lösung für mehr Qualität und Persönlichkeitsbildung im gymnasialen Bildungsprozess unserer Jugendlichen zu erreichen.“

Günther Felbinger

MdL und bildungspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

„Für den 2015 im oberbayerischen Elmau geplanten G8-Gipfel ist die Staatsregierung bereit, Millionen auszugeben. Gleichzeitig wurden im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags 45 Anträge zur Unterstützung von wichtigen sozialen Projekten abgelehnt.“

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

MdL der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

„Die CSU befindet sich im G8-G9-Entscheidungschaos. Wir FREIE WÄHLER wollen mit unserem Volksbegehren alle Menschen in Bayern über die Zukunft des Gymnasiums entscheiden lassen, Horst Seehofer nur die CSU. Wer am Ende nur die eigenen Parteimitglieder bestimmen lässt, regiert am Volk vorbei.“

Prof. Dr. Michael Piazolo

hochschulpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion und Mitinitiator des Volksbegehrens „Ja zur Wahlfreiheit zwischen G9 und G8“.

„Es ist ein Irrglaube, dass nur derjenige ein guter Arzt wird, der ein Abitur mit Note 1,0 hat.“

Hubert Aiwanger

Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

„Versprochen und vergessen. Obwohl die Staatsregierung immer beteuerte, sich um die Mieterinnen und Mieter kümmern zu wollen, bleibt es bei leeren Phrasen.“

Gabi Schmidt

MdL und sozialpolitische Sprecherin der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

„Würden sämtliche Kosten des Atomstroms auf den Tisch kommen, wäre die Diskussion um das angeblich so teure EEG schnell zu Ende.“

Thorsten Glauber

stellvertretender Vorsitzender und energiepolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

„Wir FREIE WÄHLER halten Volksbefragungen ohne rechtliche Bindung für nicht zielführend und lehnen sie in dieser Form ab. Das ist Demokratie à la Seehofer: fragen, aber sich dann nicht an die Antworten halten müssen. So wird das Volk zum bloßen Publikumsjoker degradiert. Wir sind der Ansicht, dass das Volk als Souverän über wichtige Fragen entscheiden können sollte. Deshalb haben wir bereits einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der Volksabstimmungen vorsieht, die rechtlich bindend sind und auch vom Volk eingebracht werden können.“

Prof. Dr. Michael Piazolo

MdL der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

„Steigende Passagierzahlen, aber erneut weniger Starts und Landungen. Die Zahlen, die der Flughafen München heute bekannt gegeben hat, lassen nur einen Rückschluss zu: Die dritte Startbahn muss endgültig beerdigt werden.“

Benno Zierer

Abgeordneter aus Freising und Sprecher für Umwelt- sowie Klimaschutz der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

„Wir FREIE WÄHLER wollen Ganztagsschulen mit hoher Qualität anbieten – bayernweit und bedarfsgerecht für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre.“

Günther Felbinger

MdL und bildungspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

„Es ist typisch für die CSU, dass deren Leute in Berlin und Brüssel anders agieren, als es den Leuten in Bayern erzählt wird. Zuhause muss man sich im Sinne der Bürger äußern. Auswärts pfeift man das Lied der Lobbyisten.“

Hubert Aiwanger

Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

WAS-WANN-WO IMPRESSUM

06. Mai 2014	**Fraktion vor Ort, Fürstenfeldbruck** (Oberbayern)
12. Mai 2014	**Fraktion vor Ort, Augsburg/Land** (Schwaben)
16. Mai 2014	**Parlamentarischer Abend „Ehrenamt", Maximilianeum, München** (Oberbayern)

Impressum
Dirk Oberjasper, Pressesprecher und Leiter der Pressestelle
Idee, Konzept und Redaktion: Dr. Werner Brecht, Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Presse
Grafische Umsetzung: Follow Me
Bilder: Bildarchiv Bayerischer Landtag, Dr. Werner Brecht, Glyn Burgess, Alfred Enderle, Gabriele Fischer, Fotolia, Nicolai Hartung, Peter Meyer, Rolf Poss, Udo Eggensberger-Prestel, Marcel Prestel

V.i.S.d.P.: Thorsten Glauber MdL

Für Sie im Landtag

FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Die offizielle Zeitung der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION

WOLLEN SIE WEITERHIN KOSTENLOS ÜBER DIE ARBEIT DER **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION INFORMIERT WERDEN?

Einfach Formular ausfüllen und unterschreiben! Per Post an: **FREIE WÄHLER** FRAKTION im Bayerischen Landtag, Maximilianeum, Max-Planck-Str. 1, 81627 München oder per Fax: +49 (0) 89 / 41 26-16 43 bzw. online: www.fw-landtag.de/fraktionszeitung
(BITTE IN DRUCKBUCHSTABEN AUSFÜLLEN)

Vorname: _____ Name: _____

Straße, Nr.: _____ PLZ: _____

Wohnort: _____ E-Mail: _____

Ich möchte die Fraktionszeitung und weitere Informationen per ☐ Post ☐ E-Mail erhalten.

Ort, Datum, Unterschrift: _____ _____ _____

Durch das Absenden dieses Abschnitts willige ich in die Speicherung meiner Daten durch die **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION im Bayerischen Landtag ein. Ich bin damit einverstanden, dass meine E-Mail Adresse und meine persönlichen Daten von der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION dazu verwendet werden, mich über deren politische Position und Serviceangebote zu informieren.